

Staatsangelegenheiten sind Sache aller Bürger

**Das Verfassungsprinzip
„Arbeite mit, plane mit,
regiere mit!“ im Alltag
unserer Demokratie**

In unserem Staat der Arbeiter und Bauern ist die sozialistische Demokratie lebendige Wirklichkeit. An ihre Wirksamkeit sind jedoch angesichts der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft höhere Ansprüche gestellt. Wie das in unserem Alltag seinen Niederschlag findet, wie Staatsangelegenheiten immer mehr Sache aller Bürger werden, darüber unterhielt sich „Neuer Weg“ im Stadtbezirk Halle-West mit den Genossen

Ingeborg Wötzel, Volkskammerabgeordnete und Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses der obersten Volksvertretung der DDR, Lehrerin an der Pädagogischen Hochschule Halle,

Irene Böttger, Parteisekretär im Warenhaus „konsument“ der Bezirksstadt Halle,

Sylvia Diedicke, Kandidat der Bezirksleitung der SED Halle, Lehrmeister im Warenhaus „konsument“ und

Kurt Neugebauer, 1. Stellvertreter des Bürgermeisters des Stadtbezirkes Halle-West.

„Neuer Weg“ war vertreten durch Genossin Helga Kirchhöfer.

Neuer Weg: Die sozialistische Demokratie, so heißt es im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den IX. Parteitag, durchdringt alle Lebensbereiche; darin liegt ihre Stärke. Wie zeigt sich das konkret, und welche weiteren Schlußfolgerungen zieht ihr daraus für eure Arbeit?

Wie in der DDR Gesetze entstehen

Irene Böttger: Es ist ein unabdingbares Prinzip unserer Partei, alle grundlegenden Fragen von Gesellschaft und Staat mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu beraten. Beredter Ausdruck dafür war die Diskussion über die Entwürfe der Parteitagsdokumente, so auch des Programms der SED. Es trägt im wahrsten Sinne des Wortes die Handschrift des ganzen

Volkes. Ich konnte als Delegierte des IX. Parteitages dieses Programm mit beschließen.

Diese demokratische Beratung des Volkes ging ja um nicht mehr und nicht weniger als das Ziel, in der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten und die grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Im Grunde genommen setzt sich diese demokratische Beratung auch heute, nach der Beschlußfassung, weiter fort — mit dem Unterschied, daß es jetzt um die Verwirklichung geht. Das ist logisch, denn wer A sagt, will auch B sagen.

Konkret: Im konsument-Warenhaus Halle widerspiegelt sich das in neuen Wettbewerbsverpflichtungen zur Planerfüllung, zur Verkürzung des Warenweges zum Kunden, dessen fachgerechte Beratung, Betreuung und Bedienung. Und wenn die Kollektive monatlich darüber öffentlich ihre Leistungen vergleichen und abrechnen, dann ist das sozialistische Demokratie im Alltag, die sich im Sich-verantwortlich-Fühlen für das Ganze äußert.

Ingeborg Wötzel: Ich kann hier anknüpfen, den Faden, wie man so sagt, weiterspinnen: In Kürze sind Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen. Wir Abgeordneten werden Rechenschaft über unsere Arbeit abzulegen haben, darüber, wie die Volkskammer und die Bezirkstage die Politik der Arbeiterklasse nach dem VIII. Parteitag verwirklichten, wie sie dazu die Monate nach dem IX. Parteitag nutzten.

Als Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer kann ich sagen: Alle Fragen, die das Leben der Bürger berühren, haben wir Abgeordneten vor ihrer Entscheidung und deren Präzisierung in breiter Öffentlichkeit oder aber in sachkundigen Kreisen beraten. Das gilt für das Jugendgesetz oder das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe ebenso wie für das Zivilgesetzbuch.

Ich selbst habe während der Ausarbeitung des